

**Niederschrift**  
über die 7. öffentliche Sitzung  
**des Revisionsausschusses**  
am **Dienstag, 14. Juli 2015, 17:00 Uhr**  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

15. Juli 2015  
1 von 3

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Enrico Schäfer, Vorsitzender, SPD  
Bernd-Peter Doose, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU  
Eva Koch, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne  
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD  
Uwe Frankenberger, Mitglied, SPD  
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Wolfgang Decker)  
Monika Sprafke, Mitglied, SPD  
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne  
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne  
Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne  
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke  
Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP  
Bernd W. Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten  
Marina Kuchminskaja-Eimer, Vertreterin des Ausländerbeirates

**Magistrat**

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD  
Christian Geselle, Stadtrat, SPD  
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

**Schriftführung**

Nicole Eglin, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Georg Lewandowski, Mitglied, CDU  
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU  
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD  
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD  
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Herr Lumpe, Revisionsamt

Frau Lastinger, Revisionsamt  
Herr Germerott, Revisionsamt  
Herr Schäfer, Kämmerei und Steuern  
Herr Schaumburg, Kämmerei und Steuern  
Herr Rios, Kämmerei und Steuern  
Herr Lühne, Kämmerei und Steuern  
Herr Zaun, Kämmerei und Steuern  
Herr Koch, Hauptamt  
Herr Lehmkuhl, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt  
Frau Bodenbach, Bauverwaltungsamt

### **Tagesordnung:**

**Beschluss über den Jahresabschluss 2013 und über die Entlastung des Magistrats** 101.17.1630

Vorsitzender Schäfer eröffnet die mit der Einladung vom 7. Juli 2015 ordnungsgemäß einberufene 7. öffentliche Sitzung des Revisionsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

### **Beschluss über den Jahresabschluss 2013 und über die Entlastung des Magistrats**

Vorlage des Magistrats  
- 101.17.1630 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Gemäß § 113, § 114 in Verbindung mit § 51 Ziffer 9 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) wird der Jahresabschluss 2013 beschlossen und dem Magistrat Entlastung erteilt."

Vorsitzender Schäfer ruft den Schlussbericht des Revisionsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 (Stand: 23. März 2015), den Jahresabschluss 2013 sowie die von den Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke und FDP schriftliche vorliegenden Fragen zur Aussprache auf.  
Eine Auflistung der Fragen der Fraktionen liegt den Anwesenden vor.

Die Fragen zum Schlussbericht 2013 und die Nachfragen dazu werden von Oberbürgermeister Hilgen, Stadtrat Geselle, Stadtbaurat Nolda, Herrn Lumpe, dem

stellvertretenden Leiter des Revisionsamtes, und Herrn Lehmkuhl, stellvertretender 3 von 3  
Leiter des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes, beantwortet.

Vorsitzender Schäfer ruft den Antrag des Magistrats zur Abstimmung auf.

Der Revisionsausschuss fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Beschluss über den Jahresabschluss 2013 und über die Entlastung des Magistrats, 101.17.1630, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schäfer

**Ende der Sitzung:** 17:54 Uhr

Enrico Schäfer  
Vorsitzender

Nicole Eglin  
Schriftführerin

### Fragen der Fraktionen zum Schlussbericht 2013

- Korrekturen / Ergänzungen durch das Revisionsamt sind kursiv dargestellt -

- grau unterlegte Fragen sollten zusammen aufgerufen werden -

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
1.	6/7	3.1	SPD	<u>Gesamtabschluss</u> Wird die Stadt Kassel den festgelegten Termin zur Aufstellung des Gesamtabschlusses im Sinne des Paragraphen 112 Abs. 5 HGO einhalten können?
2.	12/13	4.2.1	CDU	<u>Interne Leistungsbeziehungen</u> Warum wurden erneut – wie in den zurückliegenden Haushaltsjahren – die Erlöse und Kosten aus internen Leistungsbeziehungen nicht gesondert in den Teilergebnishaushalten nachgewiesen? Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass diesbezüglich die einschlägigen Bestimmungen der GemHVO eingehalten werden?
3.	12/13	4.2.1	SPD	Eine vollständige Darstellung (bereits in den Vorjahren gefordert) aller Leistungen innerhalb der Verwaltung ist damit noch nicht erfolgt. Wann ist damit zu rechnen?
4.	14	4.2.2	SPD	<u>Produkt- bzw. produktorientierter Haushalt</u> Werden nach 2015 die Haushaltspläne als Produkthaushalt aufgestellt und wird dann auch eine vollständige Darstellung aller Leistungsbeziehungen innerhalb der Verwaltung erfolgen. Gibt es eine personelle Ausweitung?
5.	14	4.2.2	Kasseler Linke	Bereits im Revisionsbericht 2012 wird die verzögerte Umsetzung einer aussagekräftigen Darstellung der Produktgruppen und Produkte innerhalb der Teilhaushalte mit personellen Rahmenbedingungen innerhalb der Kämmerei begründet. Warum ist an diesem Zustand nichts geändert worden?
6.	14	4.2.2	Kasseler Linke	Wie bewertet das Revisionsamt den Stand der Umsetzung der Haushaltspläne als Produkthaushalt im Vergleich zu anderen hessischen Kommunen?

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
7.	17	5.3.1	Kasseler Linke	<u>Unbebaute Grundstücke</u> Wann ist voraussichtlich mit Abschluss der Prüfung der Bewertung unbebauter Grundstücke zu rechnen?
8.	18	5.3.3	Kasseler Linke	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u> Was sind die Gründe für den ausbleibenden Abbau der Forderungsbestände?
9.	18 ff.	5.3.3	FDP	Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den erneut höheren Forderungsbestand zu verringern?
10.	18 ff.	5.3.3	FDP	Obwohl die Stadt Kassel über ein geeignetes EDV-Buchhaltungssystem verfügt findet nach wie vor, entgegen der Zusagen keine korrekte Debitorenbuchhaltung der Forderungen statt. Weshalb ist die Buchhaltung auch nach Jahren nicht in der Lage, eine nachvollziehbare, regelkonforme Debitorenbuchhaltung vorzunehmen? Wie wird dagegen vorgegangen und wann wird eine Änderung erfolgen?
11.	20	5.3.3	SPD	Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um das Anwachsen der Forderungsbestände zu verhindern bzw. abzubauen? Wird die Empfehlung des Revisionsamtes im Hinblick auf das EDV-Buchhaltungssystem umgesetzt?
12.	20	5.3.3	Kasseler Linke	Welche Maßnahmen werden von der Stadt eingeleitet, um die Höhe der Forderungsbestände abzubauen?
13.	20	5.3.3	CDU	Welche gezielten Maßnahmen werden ergriffen, um dem deutlich gestiegenen Gesamtbestand an Forderungen entgegenzuwirken?
14.	21	5.3.3	Kasseler Linke	Warum ist die von der Stadtkasse zugesagte Debitorenbuchhaltung der Forderungen noch nicht umgesetzt worden?
15.	22 f.	5.3.3	Bündnis 90/ Die Grünen	Wertberichtigungen: Warum ist die Wertberichtigung, die für jede Forderungsart gesondert und differenziert nach Einzelwertberichtigung bzw. Pauschalwertberichtigung vorzunehmen ist, bisher nicht so erfolgt, obwohl dies für das Jahr 2013 angekündigt war?

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
16.	23	5.3.3	FDP	<p>Mit welcher Begründung werden öffentlich-rechtliche Forderungen im Wertberichtigungskonto für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aufgeführt? Wann wird diese Vorgehensweise geändert?</p> <p>Warum fanden Aufhebungen von Niederschlagungen privatrechtlicher Forderungen ohne Begründung und Erklärung statt? Welches sind die Gründe im Einzelnen? Wird das Fachamt zukünftig dazu Erläuterungen abgeben?</p> <p>Wann werden die Wertberichtigungen für jede Forderungsart differenziert vorgenommen?</p>
17.	24 ff.	5.3.3	FDP	<p>Warum wird trotz einer ständigen Erhöhung der Verwahrgeldumsätze nach wie vor kein Konzept vorgelegt, um dieser Tatsache entgegen zu steuern? Welche Maßnahmen werden im Einzelnen ergriffen, damit es zu einer Verringerung der Verwahrgelder kommt?</p>
18.	24 ff.	5.3.3	SPD	<p>Wann wird den Abläufen der Anweisung vom Oberbürgermeister entsprochen. Jedes Jahr ist ein Anstieg der Fallzahlen und Bestände festzustellen.</p>
19.	25	5.3.3	CDU	<p>Wann und durch welche Maßnahmen soll eine Verbesserung bei der Verwahrgeldsituation erreicht werden? Welche Faktoren sind für die hohen Verwahrgeldumsätze ursächlich? Wie soll dem Anstieg der Umsätze in den Verwahrgeldkonten konkret gegengesteuert werden?</p>
20.	25 f.	5.3.3	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die Verwahrgeldumsätze steigen offenbar weiterhin. Während man 2012 von Seiten des Revisionsamtes eine ämterübergreifende Organisationsuntersuchung gefordert hatte, ist das Amt nunmehr davon abgerückt. Es wird stattdessen auf einen seit 2011 verfolgten „strategischen Entwicklungsprozess im Buchungs- und Rechnungswesen“ gesetzt. Wie wird sichergestellt, dass hierbei auch das Problemfeld der Verwahrgelder bearbeitet wird? Ist das bereits konkret schon erfolgt?</p>
21.	26	5.3.3	SPD	<p>Wird sichergestellt, dass die Empfehlungen des Revisionsamtes im Entwicklungsprozess des Rechnungswesens berücksichtigt werden?</p>
22.	26	5.3.3	Kasseler Linke	<p>Warum wurde dem erneuten Anstieg der Verwahrgelder nicht entgegengewirkt? Welche Maßnahmen sind diesbezüglich konkret geplant?</p>

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
23.	26 f.	5.3.4	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Personalrückstellungen</u> Die Bewertungsmethode für Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen wurde 2013 umgestellt mit der Konsequenz, dass sich die Rückstellungen vermindert haben. Bitte erläutern Sie die Methode und was sich zu früher geändert hat.
24.	38 f.	11.2	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Prüfung von Baumaßnahmen; Allgemeine Feststellungen</u> Vergaberichtlinien: Welches weitere Vorgehen empfiehlt das Revisionsamt zur Aktualisierung der Vergaberichtlinien vor dem Hintergrund, dass entsprechende Schreiben an das Bauverwaltungsamt bisher unbeantwortet geblieben sind?
25.	38 f.	11.2	FDP	Warum erfolgen trotz Hinweis des Revisionsamtes aus dem Jahr 2013 nach wie vor unterschiedliche Vorgehensweisen verschiedener Fachämter bei den Auftragsvergaben? Wann werden die Vergaberichtlinien für Bauleistungen, wie vom Revisionsamt dargelegt, aktualisiert?
26.	39	11.2	Kasseler Linke	Welche Schritte sind geplant, um die Harmonisierung der Vergaberichtlinien für Bauleistungen durchzuführen?
27.	39	11.2	CDU	Wieso wurden bis heute die Vergaberichtlinien nicht aktualisiert? Warum hat die Bauverwaltung das entsprechende Schreiben des Revisionsamtes nicht beantwortet?
28.	39 f.	11.3.1	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Ausbau Tischbeinstraße</u> Hat dieser Vorgang Konsequenzen hinsichtlich der zukünftigen Berücksichtigung der betreffenden Baufirma?
29.	40	11.3.1	SPD	Kann das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt dem Revisionsausschuss erklären, warum bei der Position 2.1.530 der Preis nicht neu verhandelt wurde.
30.	40 f.	11.3.2	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Ersatzneubau Hafenbrücke</u> Welche organisatorischen oder sonstige Konsequenzen empfiehlt das Revisionsamt aufgrund dieses Vorgangs?
31.	41	11.3.3	SPD	<u>Fußgängerunterführung Eisenschiede</u> Was hat die Prüfung nach Schadenersatzforderungen oder eventuelle Honorarkürzungen ergeben?
32.	42	11.3.4	SPD	<u>Straßenbauarbeiten Gahrenbergstraße</u> Warum wurde der empfohlenen Preisvereinbarung nicht gefolgt?

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
33.	44	12.2	SPD	<u>Durchführung der Prüfungen; Kassentresor</u> Haben sich die Fälle abgebrochener Transaktionen tatsächlich verringert?
34.	44	12.2	Bündnis 90/ Die Grünen	Gibt es aus den Prüfungen im Jahr 2014 Erkenntnisse über eine Verbesserung hinsichtlich der Störfälle beim automatischen Kassentresor?
35.	54	15/ 3.1	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Werthaltigkeit von Forderungen</u> Wenn eine Optimierung bereits erfolgt ist, welche Verbesserungen sind dann noch offen?
36.	55	15/ 4.2.1- 4.3.1	SPD	<u>Rückstellungen</u> Wann ist hier mit einer Darstellung zu rechnen?
37.	55	15/ 5.1	SPD	<u>nsk</u> Wurde in 2015 ein Berechtigungskonzept plus allgemeiner Arbeitsanweisung umgesetzt?
38.	56	16	Kasseler Linke	<u>Schlussbemerkung und Ausblick</u> Wie bewertet das Revisionsamt die personelle Ausstattung hinsichtlich der Durchführung von gesetzlichen, übertragenen und sonstigen Prüfungsaufgaben?